

Antragsübersicht | Stand: 01.12.17 | 17:00 Uhr

ÄA-Nr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
T-01	Tagesordnungsvorschlag (vom 20.10.2017) (von: Landesvorstand (beschlossen am: 20.10.2017))				
L-01	Reden, Ringen, GESTALTEN. Wir haben gerade erst begonnen (von: Landesvorstand (beschlossen am: 09.11.2017))				
L-01-005	Paul Meyer-Dunker (Berlin-Lichtenberg KV)	5	In Zeile 5: Antidiskriminierungsgesetz, die Sanierung der und Neubau von	Sanierung von Schulen wird nicht überall genügen. Da in Berlin lange mit sinkenden Einwohner*innen- und Schüler*innenzahlen geplant wurde fehlt es nun mancherorts wie z.B. in Teilen Lichtenbergs teilweise akut an Schulplätzen um eine wohnortnahe Beschulung sicherzustellen. Diese Problematik muss von uns in den Blick genommen und angegangen werden.	Übernahme
L-01-009	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	9	Von Zeile 9 bis 12: angegangen werden – dafür haben sie Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Denn es war klar: Nur mit Bündnis 90/Die Grünen kommt frischer Wind in die Berliner Regierung. Das letzte Jahr hat bereits gezeigt: Dieser frische Wind ist dringend nötig. Das letzte Jahr hat bereits gezeigt: Der frische Wind von Bündnis 90/Die Grünen ist dringend nötig.		zurückgezogen
L-01-102	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 27.11.2017)	102	In Zeile 102: Unterstützung von insbesondere kleinen und mittelständischen mittleren		Übernahme
L-01-123	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	123	In Zeile 123 einfügen: mehr sozialen Wohnraum festzusetzen. <u>Trotzdem verschärft sich die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt - die Mieten steigen und die Obdachlosigkeit nimmt zu.</u>		modifizierte Übernahme in Zeile 110: Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt verschärft sich - die Mieten steigen und die Obdachlosigkeit nimmt zu.
L-01-188	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	188	In Zeile 188: eine soziale Frage. Gerade sozial finanziell		Übernahme

L-01-189	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	189	Von Zeile 189 bis 190: besonders betroffen. Dagegen werden wir vorgehen. Fahrverbote können dafür aber nur die allerletzte Option sein. Um sie zu verhindern, Wir setzen wir auf Tempo 30		modifizierte Übernahme ab Zeile 189 (hinter "vorgehen"): Wir erwarten von der Automobilindustrie echte Lösungen statt die Probleme bei den Verbraucher*innen abzuladen. Deshalb gilt für uns, Fahrverbote können nur die letzte Option sein. Um sie zu verhindern...
L-01-259	Grüne Jugend Berlin	259	In Zeile 259 einfügen: Problematik angeht. <u>Die Räumung von Obdachlosen ist für uns keine Option und darf nicht weiter mit grüner Beteiligung stattfinden</u>		modifizierte Übernahme Räumungen dürfen nur die letzte Option sein. Stattdessen setzen wir auf abgestimmte Hilfs- und Unterstützungsangebote.
L-02 Herzlich Willkommen – jetzt auch in staatlich (von: Landesvorstand (beschlossen am: 09.11.2017))					
L-02-004	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	4	In Zeile 4: und Russland, sogenannte „Gastarbeiter*innen“ <u>Arbeitsmigrant*innen</u>	Der Begriff "Gastarbeiter*innen" ist zwar in Anführungszeichen gesetzt, um die Distanzierung zu verdeutlichen. Doch an der Stelle sollte nicht ein Begriff verwendet werden, der negativ konnotiert und für Betroffene verletzend ist. Im nächsten Absatz wird der Begriff "Gastarbeiter*innen" kritisch auseinandergenommen, womit eine nachvollziehbar Distanzierung davon erfolgt. Das ist auch gut. Aber an dieser Stelle ist eine Reproduktion nicht sinnvoll und nötig, insbesondere deshalb nicht, da in dem ersten Absatz deutlich wird, dass wir Migration als etwas Positives verstehen (Daumen hoch).	Übernahme
L-02-004-2	Deniz Yildirim, KV Xhain	4	In Zeile 4 einfügen: und Russland, sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus Vietnam, Mosambik, <u>Italien, Spanien, Griechenland, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und ehem. Jugoslawien</u>	Der Begriff "Gastarbeiter*innen" auch, wenn er ersetzt wird, bezieht sich auf Menschen die im Zuge des Anwerbeabkommens gekommen sind: Vietnam und Mosambik ist richtig für die ehem. DDR . Für die BRD waren es damals Italien, Spanien, Griechenland, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und ehem. Jugoslawien UND die Türkei. Die Verkürzung und Fokussierung auf die drei Länder wird der Diversität der damals ankommenden Menschen - und ihrer geleisteten Arbeit - nicht gerecht.	Übernahme

L-02-007	Deniz Yildirim, KV Xhain	7	In Zeile 7: ist auch diese Multikulturalität <u>Internationalität</u>	Multikulturalität wird immer im Kontext mit benachteiligten Menschen mit eigener oder fam. Einwanderungsgeschichte in Verbindung gebracht, während Internationalität immer im Kontext von Einwanderung aus dem Westen und Norden (Expats) diskutiert wird.	modifizierte Übernahme ...ist auch diese Multikulturalität und Internationalität
L-02-008	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	8	Von Zeile 8 bis 9: Lange wurde die Zuwanderung allerdings nicht als das betrachtet was sie ist: Ein Gewinn für Berlin und die gesamte Bundesrepublik. Lange Zeit wurden Menschen, die im Zuge des Anwerbeabkommens nach Deutschland und auch nach Berlin gekommen sind, lediglich als reine Arbeitskraft (ökonomisch) betrachtet, die nach Erfüllung des wirtschaftlichen Bedarfs der BRD zurück in ihre Herkunftsländer geschickt werden sollten.	Im Grunde stimmt genau das Gegenteil dessen, was mit dem Satz im Antrag gesagt wird: Arbeitsmigration wurde solange zugelassen und Anwerbeabkommen hatten solange ihre Gültigkeit, solange diese einen ökonomischen Gewinn für Deutschland bedeutet haben. Als der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt war, wurde ein Anwerbestopp verhängt. Der Familiennachzug wurde enorm erschwert.	modifizierte Übernahme: Lange wurde die Zuwanderung allerdings nicht als das betrachtet was sie ist: Ein gesellschaftlicher Gewinn für Berlin und die gesamte Bundesrepublik. Menschen, die im Zuge des Anwerbeabkommens nach Deutschland und auch nach Berlin gekommen sind, lediglich als reine Arbeitskraft (ökonomisch) betrachtet, die nach Erfüllung des wirtschaftlichen Bedarfs der BRD zurück in ihre Herkunftsländer geschickt werden sollten.
L-02-010	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	10	In Zeile 10: viele politische Fehler gemacht. Sinnbildlich steht dafür das Konzept <u>die politische Terminologie</u>	"Gastarbeiter*innen"-Begriff ist kein Konzept, sondern eine Zuschreibung seitens der Mehrheitsgesellschaft.	modifizierte Übernahme Sinnbildlich steht dafür der Begriff...
L-02-014	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	14	In Zeile 14: keine Integrationsangebote ; keine <u>staatlichen Angebote zur Teilhabe an der Gesellschaft, wie z.B.</u>	Es ist nicht verständlich, was mit "Integrationsangeboten" gemeint sind, zumal der Begriff "Integration" stark an eine Einbahnstraße erinnert nach dem Motto "Die Migrant*innen allein sollen sich in 'unsere' Gesellschaft integrieren. 'Unsere' Gesellschaft bleibt so, wie sie ist".	Übernahme
L-02-014-2	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	14	In Zeile 14: keine Integrationsangebote, keine Deutschkurse, sogar <u>aber leider</u>	Redaktionell	Übernahme

L-02-015	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	15	In Zeile 15: denen versucht wurde , die Gruppen zu- isolieren <u>isoliert worden sind</u>	Die Isolation hat faktisch stattgefunden.	modifizierte Übernahme "... eigene Wohngebiete, in denen die Gruppen isoliert wurden bzw. dies versucht wurde."
L-02-015-2	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	15	In Zeile 15: denen versucht wurde, die Gruppen zu isolieren. Einbürgerungen und Integration <u>Teilhabe</u>	s.o. --> "Integrationsangebote"	Übernahme
L-02-018	Deniz Yildirim, KV Xhain	18	In Zeile 18: dass sie für die religiösen Bedürfnisse ihrer <u>der</u> hier lebenden <u>türkeistämmigen</u> Bürger*innen	"ihrer" ist ein Possessivpronomen. "Ihrer" suggeriert damit - da es nicht in Anführungszeichen steht-, dass die Türkei einen Anspruch (Besitz) auf die hier lebenden Menschen hat.	Übernahme
L-02-020	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	20	In Zeile 20 löschen: Arbeit der Moscheen, seien sie arabisch,- bosnisch,- afrikanisch oder türkisch,	Der Islam ist durchlaufen von verschiedenen 'Strömungen'. Nationalstaatlich oder auf ein gesamtes Kontinent könnten diese nicht eingeschränkt werden. "Afrikanisch" wäre demnach zu pauschal. Auch "den türkischen Islam" gibt es nicht. Allein in Kreuzberg gehören die Moscheen, in denen die Imame auf Türkisch predigen, nicht einer einzigen Lehre / Lesart des Islams an. Da die im Antrag vorgenommene Unterteilung de facto nicht aussagekräftig ist, wäre ein Verzicht auf diesen Zusatz angebracht.	modifizierte Übernahme Der Arbeit der Moscheegemeinden, egal welcher nationalen Prägung, Zusammensetzung oder Konfession, wurde keine Beachtung geschenkt...
L-02-024	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	24	In Zeile 24 einfügen: Trotz <u>- oder gerade aufgrund -</u>	An dieser Stelle können die Richtungen der Kausalketten nicht eindeutig festgestellt werden.	Übernahme
L-02-027	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	27	Von Zeile 27 bis 28: im politischen Raum Stellung zu beziehen. Diese Organisationen haben eine Brückenfunktion- <u>inbieten wichtige Dienstleistungen an, wofür der-</u> <u>Einwanderungsgesellschaft</u> <u>Staat keine</u> <u>ausreichenden Angebote bereitstellt.</u> <u>[Zeilenumbruch]</u> Sie unterstützen heute –	"Brücke" erinnert zu sehr an eine Dichotomierung / Aufteilung in "Wir" und "die Migrant*innen". Dieses Bild ist zu statisch. Der Änderungsvorschlag wird dem, was diese Organisationen leisten, eher gerecht.	modifizierte Übernahme Diese Organisationen haben eine Brückenfunktion in der Einwanderungsgesellschaft und sind oft eingesprungen, wo staatliche Angebote fehlten.

L-02-033	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	33	In Zeile 33 einfügen: Wohlfahrtsverbände und bringen dort ihr Wissen, <u>ihre Expertise</u>	Diese Ergänzung dient lediglich der Wertschätzung der Kompetenzen, mit denen diese Engagierten ausgestattet sind.	Übernahme
L-02-034	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	34	Von Zeile 34 bis 36: Mit diesen Netzwerken und ihrer zivilgesellschaftlichen Kompetenz wollen wir die Integrationspolitik für die Geflüchteten gestalten, die in den letzten Jahren nach Berlin gekommen sind und in Zukunft kommen werden. <u>eine Politik, die sich an den Bedarfen der Menschen orientiert, die in den letzten Jahren nach Berlin geflohen sind und in Zukunft fliehen werden, und unnötige Hürden in den Verwaltungen soweit es geht abbaut, gestalten.</u>	Siehe bitte oben Begründung für "Integrationsangebote"	zurückgezogen
L-02-037	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	37	In Zeile 37: eine wirkungsvolle Integrationsarbeit <u>Arbeit für erleichterte Zugänge zu Angeboten, Teilhabe und Empowerment</u>	siehe bitte oben Begründung für "Integrationsangebote"	Übernahme
L-02-043	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	43	In Zeile 43: und dass Berlin auch denen passende Sprach- und Integrationskurse <u>Sprachkurse</u>	"Integrationskurse" heißen all jene Kurse, die eben vom BAMF angeboten werden. An Volkshochschulen werden ergänzend zu diesen Kursen lediglich Sprachkurse angeboten, die sich auf die Vermittlung der deutschen Sprache (Grammatik, Aussprachetrainings, Konversationen, Berufsorientierung etc.) beschränken. Die Integrationskurse des BAMFs umfassen neben den Sprachkursen auch sog. Orientierungskurse.	zurückgezogen
L-02-050	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	50	In Zeile 50: Integration beginnt <u>Ankommen und Teilhaben beginnen an Tag Eins!</u>	siehe bitte oben Begründung für "Integrationsangebote"	modifizierte Übernahme Integration und Teilhabe beginnen an Tag Eins!

L-02-057	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	57	<p>Von Zeile 57 bis 59:</p> <p>Dabei geht es darum, typische Umgangsformen des Alltags kennenzulernen, aber auch um die verbindlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens wie zum Beispiel das Grundgesetz. Dabei geht es u.a. auch darum, Grundlagen bezogen auf die politische Verfasstheit und gesetzliche Grundlagen aber auch das Grundgesetz zu vermitteln, damit die Neuzugewanderten von ihren (Menschen-) Rechten Gebrauch machen, politisch partizipieren und an der Gesellschaft entsprechend ihren Bedarfen teilhaben können.</p>	<p>In dem Satz sind einige Floskeln drin, die wir Grüne nicht konkret füllen können. Es ist durchaus möglich, dass wir alle unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was "typische Umgangsformen des Alltags" oder aber auch "verbindliche Grundlagen unseres Zusammenlebens" darstellen. Und auch ist es möglich, dass einige von uns sich selbst nicht daran "halten". Ergo stellt sich die Frage, wie wir etwas derart Abstraktes und Normatives an Neuzugewanderte vermitteln können (und wollen). Dann auch die Frage, ob sich diese Erwartungen auch an jene Migrant*innen richten würden, die nicht Asyl suchen, sondern als eine "Fachkraft" in Deutschland eine Einstellung gefunden haben, die ihm viel Geld verschafft.</p> <p>Wenn in den gegenwärtigen Debatten die Einhaltung des Grundgesetzes von Refugees eingefordert wird, so schwingt latent die Zuschreibung mit, dass sich diese Menschen "qua Kultur" nicht an die Verfassung halten würden. Das ist leider eher eine pauschale Unterstellung. Deswegen wäre es wichtig zu betonen, dass die Kenntnisse im Grundgesetz insbesondere den Menschen zugutekommt.</p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Dabei geht es darum, sich im Alltag besser zu Recht zu finden, aber auch um die verbindlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens wie zum Beispiel das Grundgesetz.</p>
L-02-068	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	68	<p>In Zeile 68:</p> <p>diskutieren mit den Geflüchteten über unsere Rechts- und Werteordnung <u>Rechtsordnung</u></p>	<p>Der Begriff der "Werteordnung" ist ähnlich wie "typische Umgangsformen des Alltags" sehr vage. Siehe daher bitte die Begründung dazu oben. Es wäre ratsam davon abzusehen, in dem Antrag eine Wertedebatte aufzumachen, die latent den Eindruck vermittelt, dass in der hier seit Jahren lebenden Gesellschaft eine ausnahmslose Einigkeit über "Werte" herrschen würde, an die sich auch alle Mitglieder dieser Gesellschaft ausnahmslos halten. Das wäre ein falsches Signal.</p>	<p>Abstimmung</p>
L-02-070	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	70	<p>In Zeile 70:</p> <p>Die eigentlichen Kulturmittler*innen <u>ersten Ansprechpartner*innen</u></p>	<p>"Kultur" ist nicht statisch, auch ist sie nicht staatlich oder gesetzlich definiert.</p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Die eigentlichen Mittler*innen sind jedoch die Menschen...</p>
L-02-081	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	81	<p>In Zeile 81:</p> <p>entscheidende Rolle.- Interkulturelle <u>Diversitätssensible</u></p>	<p>s.o. die Begründung zu "Kultur".</p>	<p>zurückgezogen</p>

L-02-081-2	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	81	In Zeile 81 einfügen: entscheidende Rolle. Interkulturelle Kompetenz in den Verwaltungen und gezielte <u>(auch mehrsprachige)</u>	Mehrsprachigkeit würde einige Hürden abbauen.	Übernahme
L-02-086	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	86	In Zeile 86 einfügen: Migrant*innenorganisationen, <u>Neue Deutsche Organisationen.</u>	...weil sich einige Organisationen nicht mehr als MSO bezeichnen wollen, sondern als NDO. Es wäre schön, die Selbstbezeichnung der Vereine zu berücksichtigen.	Übernahme
L-02-090	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	90	In Zeile 90: <u>IntegrationsangeboteEbene</u> mit den <u>Willkommensangeboten der IntegrationsverwaltungSenatsverwaltungen</u>	Es ist nicht auf Anhieb nachvollziehbar, welche "Integrationsangebote" hiermit konkret gemeint sind. Da das nicht verständlich ist, wird dafür plädiert, entweder diesen Nebensatz zu erläutern oder ihn wie vorgeschlagen zu ersetzen.	Übernahme
L-02-095	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	95	In Zeile 95 einfügen: Austausch, Orientierung und <u>kontroverse</u>	Mit dem Zusatz "kontrovers" wird betont, dass wir in der Gesellschaft keine Einigkeit bzgl. "Bräuche" und "Kultur" haben und dass solche Begriffe auch im Wandel sind.	zurückgezogen
L-02-104	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	104	In Zeile 104: Berlin lebt in seinen Kiezen. Auch für <u>die-Integration das Ankommen und Wohlbefinden</u>	s.o. die Begründung für "Integrationsangebote"	modifizierte Übernahme Auch für die Integration und Teilhabe Geflüchteter ist hier also der beste Anknüpfungspunkt.
L-02-124	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	124	In Zeile 124: <u>die gelingende-Integration ermöglichenzu Teilhabe, Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung beitragen können.</u>	s.o. die Begründung für "Integrationsangebote"	Übernahme
L-02-131	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	131	In Zeile 131: Garant für Spracherwerb und <u>IntegrationTeilhabechance</u>	s.o. Begründung zu "Integrationsangeboten"	Übernahme

L-02-142	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	142	In Zeile 142: Junge Muslimas <u>Musliminnen</u>	Hier kann die konkret die weibliche Form verwendet werden.	zurückgezogen
L-02-142-2	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	142	In Zeile 142 löschen: Junge Muslimas der sogenannten zweiten und dritten Generation wollen mit	Welche Generation ist gemeint? Muslimisch sein und Migration sind keine Synonyme - davon nehmen insbesondere Vereine der jungen Muslim*innen, die in Deutschland geboren sind, selbstbewusst Abstand. Dies sollten wir respektieren.	modifizierte Übernahme Seit vielen Jahren wollen junge Muslimas mit Kopftuch an Berliner Schulen unterrichten.
L-02-151	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	151	In Zeile 151: diskriminierungsfreier Raum sein: Keine*r darf wegen seiner <u>seiner/ihrer*</u>	Gendersensibilität	modifizierte Übernahme ihrer*seiner
L-02-157	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	157	In Zeile 157: Das System der Sprach- und Integrationskurse <u>Sprachkurse</u>	Auf die Integrationskurse des BAMFs können wir auf der Landesebene leider nicht direkten Einfluss nehmen. Aber es ist super, dass eine enge Kooperation mit dem BAMF gefordert wird.	zurückgezogen
L-02-165	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	165	In Zeile 165 einfügen: Studienabbrecher*innen, <u>Akademiker*innen</u>	... um die Diversität bzgl. der Bildungsabschlüsse unter den Geflüchteten zu betonen.	Übernahme
L-02-170	Deniz Yildirim, KV Xhain	170	In Zeile 170: Betriebspraktika bzw. praxisbezogene Sprachkurse <u>in der Fachsprache</u>	Praxisbezogene Sprachkurse entwertet die teils sehr hohe Qualifikation der Geflüchteten.	modifizierte Übernahme ...begleitende Betriebspraktika bzw. praxis- oder fachbezogene Sprachkurse anbieten.
L-02-184	Deniz Yildirim, KV Xhain	184	In Zeile 184 einfügen: Umdenken in Behörden stattfinden, auch durch Schulungen <u>zu Flucht- und Migrationsthemen sowie Diversitäts- und Anti-Bias-Trainings</u>	Es gibt eine Fülle von Schulungsangeboten für Mitarbeitenden in der Behörde. Welche jedoch im Umgang mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen sinnvoll sind, muss hier noch spezifiziert werden.	Übernahme

L-02-189	Filiz Keküllüoğlu, KV Xhain	189	In Zeile 189 einfügen: es Unterstützung, Aufklärung, <u>Vermittlung von Gesetzesgrundlagen im Asylverfahrens- und Aufenthaltsrecht</u>	Die Ehrenamtlichen beklagen sich teilweise darüber, dass ihnen diese Grundlagen fehlen.	Übernahme
L-02-190	Deniz Yildirim, KV Xhain	190	In Zeile 190 einfügen: Arabisch, <u>Farsi und Kurdisch</u>	Die Diversität der Geflüchteten schlägt sich auch sprachlich nieder! Kurdisch und Farsi sollten genauso priorisiert werden wie Arabisch.	Übernahme
L-02-237	Hannah Neumann	237	Von Zeile 237 bis 238: verlässlicher Unterstützung und einem schlüssigen Konzept <u>„das ein Miteinander an den Schulen von Anfang an ermöglicht“</u> , werden Willkommensklassen – einst aus der Not geboren – zu „ <u>Durchlauferhitzern</u> “ – <u>„Integrationsbeschleunigern“</u> , die	Zum Einschub: In Willkommensklassen wird viel zu oft noch separat beschult, teils sogar an getrennten Orten. So kann keine Integration stattfinden. Deswegen sollte hier noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass Willkommensklassen nur dann zu Integration beitragen können, wenn das Miteinander von Anfang an konzeptionell, im Schulalltag (und ggf. auch baulich) mitgedacht wird. Zum Ersatz "Durchlauferhitzer": Ich finde das Wort mit Bezug auf Kinder / Menschen unpassend. Definition Duden: "mit Gas oder Elektrizität betriebenes Gerät, in dem Wasser beim Durchlaufen erhitzt wird". Schlage daher als Ersatz mit gleicher Absicht "Integrationsbeschleuniger" vor.	Übernahme
L-02-252	Deniz Yildirim, KV Xhain	252	In Zeile 252 einfügen: formuliert, die ihn umsetzen müssten: Die NGOs, <u>MSO's und Neue Deutsche Organisationen</u> ,	Im Antrag wird der Beitrag der Migrantenselbstorganisationen (MSO's und NDO's) positiv genannt und sollte daher auch in dieser Aufzählung nicht fehlen.	Übernahme
DIV-01 Plural nach vorne. Gesellschaftliche Vielfalt in unserer Partei fördern (von: Landesvorstand (beschlossen am: 09.11.2017))					
DIV-01-017	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	17	In Zeile 17: Hierzu hat die AG Diversität ihre ersten Arbeitsergebnisse Anfang 2016 im <u>LA Landesausschuss</u>		Übernahme

DIV-01-021	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	21	Von Zeile 21 bis 22: Dauerhafte Strukturen schaffen - der Diversity[1]-Rat und die Anti-Diskriminierungsstelle [Leerzeichen] <u>Erklärung am Ende einfügen: [1] Diversity: Vielfaltigkeit der Menschen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität</u> [Zeilenumbruch]	Der Begriff Diversity sollte eindeutig definiert werden.	Übernahme
DIV-01-034	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	34	In Zeile 34: und trägt dafür Sorge, dass der Diversity-Rat mindestens einmal jährlich <u>im Quartal</u>	Um die dargestellten Aufgaben erledigen zu können, ist es notwendig, dass der Diversity-Rat sich öfter trifft.	modifizierte Übernahme ...und trägt dafür Sorge, dass der Diversity-Rat bis zu drei Mal im Jahr tagt. Der folgende Satz wird gestrichen.
DIV-01-044	Mona Hille, KV Mitte	44	In Zeile 44 einfügen: Jeder Bezirksvorstand, <u>Geschäftsführender Ausschuss</u> .	Die GAs fehlten in dieser Aufzählung.	Übernahme
DIV-01-066	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	66	In Zeile 66 einfügen: unterrichtet den Landesvorstand regelmäßig <u>vertraulich und auf Wunsch der Betroffenen anonymisiert</u>		Übernahme
DIV-01-083	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	83	In Zeile 83 einfügen: Sitzungen und Versammlungen durch klare Anfangs- und Endzeiten begrenzt werden. <u>Dabei ist besonders auf die Bedürfnisse Minderjähriger einzugehen.</u>	Minderjährige dürfen nicht aus Gremien und von Parteiveranstaltungen indirekt ausgeschlossen werden, weil die Tagungszeiten nicht mit dem Jugendschutz vereinbar sind.	modifizierte Übernahme Dabei ist besonders auf die Bedürfnisse derer zu achten die durch ihr Alter, familiäre, soziale und ähnliche Verpflichtungen zeitlich eingeschränkt sind.
DIV-01-088	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	88	In Zeile 88/89 streichen: verständlich werden und die Mandatsprüfung für Menschen mit potenzieller Rassismuserfahrung sensibilisiert wird.		modifizierte Übernahme ...mit potentieller Rassismus- und Diskriminierungserfahrung sensibilisiert wird.

DIV-01-095	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	95	In Zeile 95 löschen: Empowerment für Menschen mit (potenzieller) Rassismuserfahrung	Die Klassifizierung "Menschen mit (potentieller) Rassismuserfahrung" ist zu uneindeutig. Das Folgende gehört auch zur innerparteilichen Teilhabe.	Übernahme
DIV-01-096	Hannah Neumann, KV Lichtenberg	96	Zeile 96-102: Grüne (Neu-)Mitglieder brauchen Anlaufstellen- und „Orte“ innerhalb der Partei, die ihren- spezifischen Interessen und Bedürfnissen- gerecht werden. Hierfür haben sich insbesondere- selbstorganisierte Netzwerke,- Arbeitszusammenhänge und Empowerment- Räume wie „Bunt-Grün“ als geeignet erwiesen,- auch um (eigene/beobachtete)- Diskriminierungs- bzw.- Rassismuserfahrungen thematisieren zu- können. Dies darf umgekehrt nicht bedeuten,- dass alle anderen Gliederungen keine- Notwendigkeit sehen, solche Problemlagen zum- Thema zu machen. <u>Grüne Mitglieder brauchen Anlaufstellen innerhalb der Partei, an denen sie eigene aber auch beobachtete Diskriminierungs- bzw. Rassismuserfahrungen thematisieren können und die ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Hierfür haben sich insbesondere selbstorganisierte Netzwerke, Arbeitszusammenhänge und Empowerment- Räume wie z.B. „Bunt-Grün“, „Queer-Grün“, „Grüne Alte“ usw. als geeignet erwiesen.</u>	Das Angebot der Anlaufstellen steht allen Mitgliedern egal, ob neu oder alt zur Verfügung, deswegen ist der Zusatz "Neu" an dieser Stelle nicht notwendig, zumal die Neumitglieder als erstes in ihrem KV vertrauensvoll willkommen geheißen werden sollen. Insbesondere die Diversity Beauftragten der KVn können hierbei eine wichtige Orientierungsfunktion einnehmen. Bezugnehmend auf die vielfältigen Personengruppen, wie im ersten Absatz des Diversitätsantrags beschrieben, können wir an dieser Stelle auf die bereits vielseitig vertretenden Netzwerke, Arbeitszusammenhänge und Empowerment-Räume hinweisen.	Übernahme
DIV-01-100	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	100	In Zeile 100: (eigene/beobachtete) Diskriminierungs- bzw.- Rassismuserfahrungen <u>Diskriminierungserfahrungen</u>	Es ist ausreichend, hier lediglich von Diskriminierung zu sprechen.	zurückgezogen
DIV-01-105	Mona Hille Bündnis 90/ Die Grünen	105	Von Zeile 105 bis 106: arbeiten können. Angebote zum Empowerment- (wie Rhetorikseminare) oder Schutzräume <u>wie z. B. Rhetorikseminare</u>	Die Schutzräume passen an dieser Stelle nicht zu dem Absatz. Sie werden bereits im Absatz darüber genannt. Dieser Absatz stellt den Fokus auf die Ressourcen der Netzwerke und Arbeitszusammenhänge, weswegen der Zusatz "oder Schutzräume" hier gestrichen werden kann.	zurückgezogen

DIV-01-111	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	111	Von Zeile 111 bis 113 löschen: Kooperation mit internen und externen Expert*innen anzubieten. Der Fokus soll zunächst auf Diversity Trainings mit Schwerpunkt Antirassismus und Empowerment je nach Zielgruppe liegen. Dadurch sollen Vorstände und andere	Diversity-Training ohne Schwerpunkt hat für die vielfältigen Kreisverbände einen höheren Nutzen.	zurückgezogen
DIV-01-115	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	115	In Zeile 115: Wirkungsweisen rassistischer von	Diskriminierung kann auf vielfältige Weise erfolgen.	zurückgezogen
DIV-01-124	Mona Hille, KV Mitte	124	In Zeile 124: Diversity-Rat auf Basis seines <u>des dafür im Landshaushalt vorgesehenen</u>	Der Rat hat kein eigenes Budget, es wird ein Posten im Landshaushalt für die Tätigkeiten des Diversity-Rates vorgesehen.	Übernahme
DIV-01-129	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	129	Von Zeile 129 bis 130 löschen: Formulierungen enthalten, um die Zahl der Bewerber*innen mit (potenziellen) Rassismuserfahrungen zu erhöhen. Um die Diversity-Kompetenz des vorhandenen	Die Definition für "Menschen mit (potentieller) Rassismuserfahrung" ist zu uneindeutig.	modifizierte Übernahme ...Formulierungen enthalten, um die Zahl der Bewerber*innen mit (potentiellen) Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen zu erhöhen.
DIV-01-130	Mona Hille, KV Mitte	130	In Zeile 130 löschen: Rassismuserfahrungen zu erhöhen. Um die Diversity-Kompetenz des vorhandenen	Jedes Personal der LGS ist "vorhanden". Wenn es nicht mehr "vorhanden" ist, ist es auch kein Personal der LGS.	Übernahme

DIV-01-140	Bettina Jarasch, KV Pankow		<p>Von Zeile 140 bis 142:</p> <p>der anschließend vom Diversity-Rat verabschiedet wird. Der Leitfaden soll von allen Gliederungen und Funktionsträger*innen, allen Mitgliedern sowie allen hauptamtlichen <u>haupt- und ehrenamtlichen</u> Mitarbeiter*innen im Landesverband angewandt <u>zur Verfügung gestellt</u> sowie für Diversity-Fortbildungen verwendet werden.</p>	<p>Der Änderungsantrag zielt darauf, die Akzeptanz eines solchen Leitfadens zu erhöhen: Eine durchgängige Anwendung diskriminierungssensibler Sprache ist ein hoher Anspruch. Wir können die Anwendung des Leitfadens realistisch nicht überprüfen. Darüber hinaus müssen wir gerade im Sinne von Diversität bei allen Vorgaben immer auch jene Mitglieder mitdenken, die ggf. aus bildungsfernen Familienzusammenhängen kommen. Wenn der Leitfaden also allen zur Verfügung gestellt wird, erreichen wir am Ende das selbe Ziel, nämlich die Anwendung einer diskriminierungssensiblen Sprache, ohne den Mitgliedern das Gefühl zu vermitteln, ihre Sprache solle kontrolliert werden.</p>	Übernahme
DIV-01-142	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	142	<p>In Zeile 142:</p> <p>hauptamtlichen Mitarbeiter*innen im Landesverband angewandt <u>beachtet</u></p>	<p>In Bezug auf Sprachregelungen ist es zielführender Empfehlungen zu geben, als Anweisungen auszusprechen.</p>	erledigt durch Übernahme DIV-01-140

DIV-01-144	Nicole Holtz - KV Reinickendorf	144	<p>Von Zeile 144 bis 151:</p> <p>Da die Personengruppe Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/ (potenzieller) Rassismuserfahrung/ People of Color (PoC) in unserer Partei bisher unterrepräsentiert ist, haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin das Ziel, deren Anzahl in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag auf den gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent) anzupassen<u>Bündnis 90/Die Grünen Berlin haben das Ziel, Menschen, die aufgrund ihres (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, ihrer Religion, ihrer „Hautfarbe“, ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, ihres Alters oder ihrer Behinderung bislang in der Partei unterrepräsentiert sind, in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag stärker einzubinden</u></p>	Der Diversitätsantrag umfasst, wie bereits in der Aufzählung zu Beginn genannt, viele verschiedenen Personengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind. Dass wir Bündnisgrüne eine Beteiligung aller Menschen ermöglichen wollen und dafür bislang benachteiligte Gruppen aktiv fördern, sollte sich auch in der Zielvereinbarung wiederfinden	erledigt durch modifizierte Übernahme von DIV-01-144-4
------------	---------------------------------------	-----	---	---	--

DIV-01-144-2	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	144	<p>Von Zeile 144 bis 146:</p> <p>Da dieDie Personengruppe Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/ (potenzieller)(potenzieller) Rassismuserfahrung/People of Color (PoC) ist in unserer Partei bisher unterrepräsentiert ist. <u>Daher</u> haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin</p> <p>Von Zeile 150 bis 152:</p> <p>Bundestag auf den gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent) anzupassen<u>deutlich zu erhöhen</u> und somit ihre Repräsentation innerhalb der Parteistrukturen auf allen Ebenen zu verbessern. <u>Als Richtwert gilt dafür der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent).</u></p>		erledigt durch modifizierte Übernahme von DIV-01-144-4
--------------	---	-----	--	--	--

DIV-01-144-3	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	144	<p>Von Zeile 144 bis 152:</p> <p>Da die Personengruppe Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/ (potenzieller) Rassismuserfahrung/ People of Color (PoC) in unserer Partei bisher unterrepräsentiert ist, haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin das Ziel, deren Anzahl in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag auf den gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent) anzupassen und somit ihre Repräsentation innerhalb der Parteistrukturen auf allen Ebenen zu verbessern.</p> <p><u>Wir streben an, die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Strukturen unserer Partei Bündnis 90/Die Grünen Berlin besser abzubilden. Mit dem Diversity-Ansatz möchten wir die Verschiedenheit als eine individuelle und gesellschaftliche Ressource nutzen und deren Potential in unseren parteilichen Gremien aktivieren und wertschätzen.</u></p>	Die Zielvereinbarung sollte keine Satzungen von parteilichen Gremien beeinflussen.	erledigt durch modifizierte Übernahme von DIV-01-144-4
--------------	---	-----	---	--	--

DIV-01-144-4	<p>Bettina Jarasch (KV Pankow), Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Hanna Neumann (KV Lichtenberg), Antonia Schwarz (LAG Gesundheit+Soziales), Gollaleh Ahmadi (KV Spandau), Turgut Altug (KV XHain), Mona Hille (KV Mitte), Joana Zühlke (KV XHain)</p>	144	<p>Von Zeile 144 bis 151:</p> <p>Da die Personengruppe Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/ (potenzieller) Rassismuserfahrung/People of Color (PoC) in unserer Partei bisher unterrepräsentiert ist, haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin das Ziel, deren Anzahl in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag auf den gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin (31 Prozent) anzupassen</p> <p><u>Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Menschen, die aufgrund ihres (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, ihres Namens, ihrer Religion, ihrer „Hautfarbe“, ihres Äußeren, ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, ihres Alters oder ihrer Behinderung in unserer Gesellschaft oft diskriminiert werden, in unserer Partei ihrem gesellschaftlichen Anteil entsprechend repräsentiert sind. Deshalb arbeiten wir darauf hin, ihre Anzahl in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag dem gesellschaftlichen Anteil dieser Personengruppen in Berlin anzupassen (bei Menschen mit Migrationshintergrund sind das derzeit beispielsweise 31%)</u></p>	<p>Der Diversitätsantrag "Plural nach vorn" beginnt mit der Aufzählung vieler verschiedener Personengruppen, die aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Merkmale in der Gesellschaft häufig diskriminiert / ausgeschlossen werden. Die Nennung all dieser Personengruppen in der Zielvereinbarung fordert uns Bündnisgrüne auf, alle Personengruppen im Sinne echter Diversität im Blick zu haben und dafür Sorge zu tragen, dass unsere Parteistrukturen die Beteiligung aller Menschen ermöglichen und im Falle der genannten Personengruppen auch aktiv fördern. Es ist nur folgerichtig, wenn der erste und der letzte Teil, also die Problembeschreibung und die Problemlösung, kongruent sind. Die Personen sollten zudem selbst entscheiden, welche Merkmale sie angeben, anstatt dass Personen anonym abgefragt werden.</p>	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Menschen, die aufgrund ihres (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, ihres Namens, ihrer Religion, ihrer „Hautfarbe“, ihres Äußeren, ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ihres sozio-ökonomischen Hintergrundes, ihres Alters oder ihrer Behinderung in unserer Gesellschaft oft diskriminiert werden, in unserer Partei ihrem gesellschaftlichen Anteil entsprechend repräsentiert sind. Deshalb arbeiten wir darauf hin, ihre Anzahl berlinweit in den Bezirksvorständen/ Geschäftsführenden Ausschüssen, den Bezirksparlamentsfraktionen, der Abgeordnetenhausfraktion, dem Landesvorstand, dem Parteirat und unter den Berliner grünen Abgeordneten im Bundestag dem gesellschaftlichen Anteil dieser Personengruppen in Berlin anzupassen (bei Menschen mit Migrationshintergrund sind das derzeit beispielsweise 31%)</p>
--------------	--	-----	--	---	---

DIV-01-153	Nicole Holtz - KV Reinickendorf	153	<p>Von Zeile 153 bis 157 löschen:</p> <p>Für die kommenden zwei Jahre (Stichtag: Herbst LDK 2019) soll zunächst der Anteil von 15 Prozent (bei sechs Personen entspricht dies einer Person mit sog. Migrationshintergrund) angestrebt und der Anteil dann kontinuierlich bis 2021 auf den dann aktuellen Anteil (Stand 2017: 31 Prozent) von Berliner*innen mit Migrationshintergrund angepasst werden.</p>	Der Diversitätsantrag umfasst, wie bereits in der Aufzählung zu Beginn genannt, viele verschiedene Personengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind. Dass wir Bündnisgrüne eine Beteiligung aller Menschen ermöglichen wollen und dafür bislang benachteiligte Gruppen aktiv fördern, sollte sich auch in der Zielvereinbarung wiederfinden	erledigt durch modifizierte Übernahme von DIV-01-153-3
DIV-01-153-2	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	153	<p>Von Zeile 153 bis 157 löschen:</p> <p>Für die kommenden zwei Jahre (Stichtag: Herbst LDK 2019) soll zunächst der Anteil von 15 Prozent (bei sechs Personen entspricht dies einer Person mit sog. Migrationshintergrund) angestrebt und der Anteil dann kontinuierlich bis 2021 auf den dann aktuellen Anteil (Stand 2017: 31 Prozent) von Berliner*innen mit Migrationshintergrund angepasst werden.</p>	Die Zielvereinbarung sollte keine Satzungen von parteilichen Gremien beeinflussen.	erledigt durch modifizierte Übernahme von DIV-01-153-3
DIV-01-153-3	Bettina Jarasch (KV Pankow), Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Hanna Neumann (KV Lichtenberg), Antonia Schwarz (LAG Gesundheit+Soz iales), Gollaleh Ahmadi (KV Spandau), Turgut Altug (KV XHain), Mona Hille (KV Mitte), Joana Zühlke (KV XHain)	153	<p>Von Zeile 153 bis 157 löschen:</p> <p>Für die kommenden zwei Jahre (Stichtag: Herbst LDK 2019) soll zunächst der Anteil von 15 Prozent (bei sechs Personen entspricht dies einer Person mit sog. Migrationshintergrund) angestrebt und der Anteil dann kontinuierlich bis 2021 auf den dann aktuellen Anteil (Stand 2017: 31 Prozent) von Berliner*innen mit Migrationshintergrund angepasst werden.</p>	Siehe Begründung zu Änderungsantrag ab Zeile 144: Ziel ist es, alle potentiell diskriminierten Gruppen in den Blick zu nehmen und die tatsächliche Vielfalt der Gesellschaft in unserer Partei besser abzubilden.	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Für die kommenden zwei Jahre (Stichtag Herbst LDK 2019) soll zunächst der Anteil dieser Gruppen auf die Hälfte ihres Anteils an der Gesellschaft erhöht werden (das wären bei Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise 15%) und ihr Anteil dann bis 2021 möglichst auf den tatsächlichen Anteil an der Berliner Gesellschaft angepasst werden.</p>

DIV-01-158	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	158	<p>Von Zeile 158 bis 162 löschen:</p> <p>Der Landesvorstand verpflichtet sich, gemeinsam mit dem Diversity-Rat alle zwei Jahre einen Bericht zur Entwicklung der Erreichung der Zielvereinbarung abzugeben. Dieser soll parteiöffentlich vorgelegt und diskutiert werden (Landesdelegiertenkonferenz oder Landesausschuss). Die Abfrage und Nennung der Personen erfolgt anonym.</p>	Die Zielvereinbarung sollte keine Satzungen von parteilichen Gremien beeinflussen.	zurückgezogen
DIV-01-161	Bettina Jarasch (KV Pankow), Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Hanna Neumann (KV Lichtenberg), Antonia Schwarz (LAG Gesundheit+Soziales), Gollaleh Ahmadi (KV Spandau), Turgut Altug (KV XHain), Mona Hille (KV Mitte), Joana Zühlke (KV XHain)	161	<p>Von Zeile 161 bis 162:</p> <p>(Landesdelegiertenkonferenz oder Landesausschuss). Die Abfrage und Nennung der <u>aufgeführten Merkmale werden bei allen Personen erfolgt anonym in entsprechenden Ämtern und Positionen anonym abgefragt.</u></p>	Siehe Begründung zum Änderungsantrag ab Zeile 144: Die Personen sollten selbst entscheiden können, welche Merkmale sie angeben, anstatt dass Personen anonym abgefragt werden.	Übernahme
DIV-01-163	Nicole Holtz - KV Reinickendorf	163	<p>Von Zeile 163 bis 166:</p> <p>Es soll darauf geachtet werden, dass das Werben bei Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/(potenzieller) Rassismuserfahrung/PoCs für die Ämter und Mandate nicht allein auf migrations- und integrationsspezifische Themen reduziert wird.</p> <p><u>neu:</u> Es soll darauf geachtet werden, dass das <u>Werben bei den genannten Personengruppen für die Ämter und Mandate nicht allein auf die ihren Merkmalen zugeschriebenen Themen reduziert wird.</u></p>	Der Diversitätsantrag umfasst, wie bereits in der Aufzählung zu Beginn genannt, viele verschiedene Personengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind. Dass wir Bündnisgrüne eine Beteiligung aller Menschen ermöglichen wollen und dafür bislang benachteiligte Gruppen aktiv fördern, sollte sich auch in der Zielvereinbarung wiederfinden	Übernahme

DIV-01-163-2	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	163	Von Zeile 163 bis 166 löschen: Es soll darauf geachtet werden, dass das Werben bei Menschen mit (sogenanntem) Migrationshintergrund/(potenzieller) Rassismuserfahrung/PoCs für die Ämter und Mandate nicht allein auf migrations- und integrationsspezifische Themen reduziert wird.	Die Zielvereinbarung sollte keine Satzungen von parteilichen Gremien beeinflussen.	zurückgezogen
DIV-01-167	Vorstand KV Pankow (beschlossen am: 21.11.2017)	167	Von Zeile 167 bis 170 löschen: Bei Nichterreichung der Zielvorgabe (Gremien- und Listenaufstellung) ist der Landesvorstand angehalten, eine parteiöffentlich wirksame, handlungsorientierte Debatte über dieses Defizit zu führen und neben Handlungsempfehlungen auch Beratungsstrukturen für die jeweiligen Gremien zur Verfügung zu stellen.	Die Zielvereinbarung sollte keine Satzungen von parteilichen Gremien beeinflussen.	zurückgezogen
D-01	Sonderprogramm zur Neuanpflanzung von Straßenbäumen (von: KV Spandau (beschlossen am: 21.11.2017))				
D-02	Für den Erhalt von zukunftsfesten Arbeitsplätzen bei Siemens (von Ramona Pop, KV Mitte)				
D-02-004	Bodo Byszio, KV Spandau	4	In Zeile 4 einfügen: Standorten. In Berlin <u>Spandau</u>	Gerade für Spandau, wo auch noch der Wegfall vieler Arbeitsplätze bei Osram/Ledvance droht bzw. kommen wird, ist das besonders hart. Deswegen sollte Spandau auch erwähnt werden.	
V-01	Ein Familienförderungsgesetz für Berlin (von: Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) u.a.)				
V-02	Politik statt Populismus: soziale Probleme nachhaltig lösen (von: LAG Migration und Flucht)				V-02 wird zurückgezogen zugunsten von V-04 unter Einfügung von Zeilen 17-40 in V-04 nach Zeile 25 plus der Einfügung des Wortes "direkte" in Zeile 21 (...ist keine direkte Folge von...)
V-03	Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem gelingen kann (von: Hannah Neumann (KV Lichtenberg), Stefanie Remlinger (KV Pankow))				zurückgezogen

V-03 NEU:		Integration durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem gelingen kann (von: Hannah Neumann, Stefanie Remlinger)			
V-03 NEU-001	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	1	<p>In Zeile 1:</p> <p>Integration Teilhabe und Selbstverwirklichung</p> <p>durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem</p>	Der Begriff "Integration" erinnert an eine Einbahnstraße nach dem Motto "Die Migrant*innen allein sollen sich in 'unsere' Gesellschaft integrieren. 'Unsere' Gesellschaft bleibt so, wie sie ist".	<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Teilhabe und Integration</p>
V-03 NEU-001-2	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	1	<p>In Zeile 1:</p> <p>Integration Teilhabe und Selbstverwirklichung</p> <p>durch Bildung – Wie das Ankommen im Schul- und Ausbildungssystem</p>	Der Begriff "Integration" erinnert an eine Einbahnstraße nach dem Motto "Die Migrant*innen allein sollen sich in 'unsere' Gesellschaft integrieren. 'Unsere' Gesellschaft bleibt so, wie sie ist".	Antrags ist doppelt, siehe oben
V-03 NEU-002	Annkatriin Esser, Grüne Jugend Berlin	2	<p>Nach Zeile 2 einfügen:</p> <p><u>Ersetze Integration durch Inklusion im Gesamtantrag</u></p>		Abstimmung
V-03 NEU-013	LAG Bildung	13	<p>Von Zeile 13 bis 14:</p> <p>Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“. Mit Stand Ende Juni 2017 besuchten in Berlin 125.405 Schüler*innen 1 November 8.054538 Schüler*innen in 746 Willkommensklassen an Grund- und Oberschulen sowie</p>	Aktualisierung der Zahlen auf Stand des neuen Schuljahrs	Übernahme
V-03 NEU-019	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	19	<p>Von Zeile 19 bis 23:</p> <p>definiert ist, wie lange man in Willkommensklassen bleiben kann. Richtgröße für die jüngeren Kinder, insbesondere im Grundschulalter, sollte sein: maximal ein Jahr. Je älter die Jugendlichen sind, die zu uns kommen, desto flexibler und individueller müssen die Wege sein. Der Übergang in Regelangebote wird hier oft nicht so schnell gelingen. Richtgröße sollte sein: maximal ein Jahr.</p> <p><u>Richtgröße sollte sein: maximal ein Jahr.</u></p>		<p>modifizierte Übernahme</p> <p>Richtgröße sollte sein: maximal ein Jahr. Aber je älter die Jugendlichen sind, die zu uns kommen, umso flexibler und individueller müssen die Wege sein.</p> <p>Der Rest wird gestrichen.</p>

V-03 NEU-044	LAG Bildung	44	In Zeile 44: Entwicklung eines <u>verbindlichen</u> Berliner Rahmenplans <u>Rahmenlehrplans</u> für die Beschulung neu ankommender Kinder	Übernahme
V-03 NEU-046	LAG Bildung	46	In Zeile 46: In Berlin wird zur Zeit an über tausend-Willkommensklassen <u>und</u> 750Willkommensklassen	Übernahme
V-03 NEU-069	LAG Bildung	69	In Zeile 69: 4. AltersspezifischLandesweit einheitliche und <u>verbindliche, altersspezifisch</u>	Übernahme
V-03 NEU-089	LAG Bildung	89	In Zeile 89 einfügen: Erstaufnahme-Einrichtungen <u>und</u> <u>Gemeinschaftsunterkünften</u>	Übernahme
V-03 NEU-090	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	90	In Zeile 90: Bildung <u>und, unter der leider oft nur</u> Bildungsabschlüsse <u>besitzenverstanden werden, besitzt</u> in Deutschland einen hohen Stellenwert.	Abstimmung
V-03 NEU-104	LAG Bildung	104	In Zeile 104 einfügen: Erstaufnahmeeinrichtungen <u>und</u> <u>Gemeinschaftsunterkünften</u>	Übernahme
V-03 NEU-125	LAG Bildung	125	In Zeile 125 löschen: 11. Eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive für Lehrkräfte, die zur Zeit in	Übernahme
V-03 NEU-129	LAG Bildung	129	In Zeile 129 einfügen: in Berlin ohnehin geboten. <u>11A.</u> <u>Auch während der Weiterqualifizierung sollen die Kollegen*innen die Möglichkeit haben, weiter in ihren Willkommensklassen zu unterrichten.</u>	Übernahme

V-03 NEU-130	Deniz Yildirim, KV Xhain	130	In Zeile 130 einfügen: 12. Eine ausreichende Unterstützung durch Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, <u>Schulpsycholog*innen</u>	Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche sind und bleiben auch nach einem Jahr Willkommensklasse traumatisiert. Herausforderung, die aufgrund von Traumatisierung Einzug in den Schul- und Unterrichtsalltag bekommen, können nur mit professionellen und niedrigschwelligen Angeboten (Stichwort: Mehrsprachigkeit) an Schulen gelöst werden.	Übernahme
V-03 NEU-130-2	Deniz Yildirim, KV Xhain	130	In Zeile 130 einfügen: 12. Eine ausreichende Unterstützung durch Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, <u>Schulpsycholog*innen</u>	Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche sind und bleiben auch nach einem Jahr Willkommensklasse traumatisiert. Herausforderung, die aufgrund von Traumatisierung Einzug in den Schul- und Unterrichtsalltag bekommen, können nur mit professionellen und niedrigschwelligen Angeboten (Stichwort: Mehrsprachigkeit) an Schulen gelöst werden.	Antrag doppelt, siehe oben.
V-03 NEU-130-3	LAG Bildung	130	Von Zeile 130 bis 131: 12. Eine ausreichende Unterstützung durch Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, <u>Schulpsycholog*innen</u> und <u>Pädagogische-Unterrichtshilfen</u> <u>Schulhelfer*innen</u> in den Klassen und für den gesamten Zeitraum,		Übernahme
V-03 NEU-137	Filiz Keküllüoğlu, KV Xhain	137	In Zeile 137 einfügen: 15. Allen Lehrkräften und Erzieher*innen ein einschlägiges Fortbildungsangebot (<u>u.a. in Bezug auf Grundlagen im Asylrecht, Migration / Flucht, DaZ, diversitätssensible Unterrichtsgestaltung</u>)	..um auf den dringenden Bedarf an dieser Stelle aufmerksam zu machen.	Übernahme
V-03 NEU-139	Filiz Keküllüoğlu, KV Xhain	139	In Zeile 139: Strukturelle Unterstützung der didaktischen Arbeit durch Kulturmittler*innen <u>diversitätssensible</u> <u>Sozialarbeiter*innen</u> in	"Kulturvermittlung" ruft eine Assoziation mit einer Einbahnstraße hervor. Noch dazu ist Kultur nichts Statisches und es gibt keine einheitliche Definition von Kultur bzw. eine Einigung darüber, welche Kultur wie gelebt wird / werden soll. Nach der Lektüre des folgenden Absatzes wird eher pädagogisches Fachpersonal benötigt, das mit Diversity-Kompetenzen ausgestattet ist.	modifizierte Übernahme ...kultursensible Mittler*innen...

V-03 NEU-145	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 24.11.2017)	145	<p>Von Zeile 145 bis 147:</p> <p>in unser hochformalisiertes, bürokratisiertes Land mit seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung. Vieles, was für uns selbstverständlich ist, ist für die Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln: das hochformalisierte und bürokratisierte Deutschland.</p>	Von "unserem Land" zu sprechen, macht eine Teilung in "wir" und "ihr" auf, die für eine Inklusion nicht förderlich ist.	modifizierte Übernahme ..in das hochformalisierte und bürokratisierte Deutschland mit seiner freiheitlich, demokratischen Grundordnung.
V-03 NEU-146	Filiz Keküllüoğlu, KV Xhain	146	<p>Von Zeile 146 bis 147 löschen:</p> <p>demokratischen Grundordnung. Vieles, was für uns selbstverständlich ist, ist für die Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln. Unterschiedliche Lern- und</p>	Dieser Satz enthält eine Floskel, die pauschal davon ausgeht, dass "wir" in Deutschland eine Einigung über "Selbstverständlichkeiten" hätten, die von allen Mitglieder der Gesellschaft geteilt und gelebt werden, und zeitgleich wird unterstellt, dass "die" Neuzugewanderten zum einen eine homogene Gruppe darstellen und zum anderen diese "Selbstverständlichkeiten" nicht teilen. Statt auf der abstrakten Ebene sollte wenn dann konkret benannt werden, was in Deutschland selbstverständlich sein soll - für Zugewanderte allerdings nicht. Wenn dies in einem Antrag nicht möglich ist, dann wird dafür plädiert, dass dieser Satz bitte gelöscht wird. Denn ansonsten werden Aufteilungen / Dichotomisierungen in "Wir" vs. "Die Anderen" vorgenommen, die an dieser Stelle nicht zu rechtfertigen sind.	Übernahme
V-03 NEU-146-2	LAG Bildung	146	<p>Von Zeile 146 bis 147:</p> <p>demokratischen Grundordnung. Vieles, was für <u>Viele von uns selbstverständlich ist, ist kann für die viele der Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln verwirrend und unverständlich sein.</u> Unterschiedliche Lern- und</p> <p>In Zeile 152: auch interreligiösen Konflikten, <u>insbesondere auch zwischen den Schüler*innen und innerhalb der Klassen.</u> Fehlendes <u>Nicht nur die materiellen Rahmenbedingungen, auch fehlendes Verstehen, gerade in der</u></p>		zurückgezogen

V-03 NEU-147	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	147	Von Zeile 147 bis 150: die Neuankömmlinge ein Buch mit sieben Siegeln. Unterschiedliche Lern- und Arbeitskulturen, unterschiedliche Werte und Sozialisierungen rufen Fragen, aber auch Konflikte hervor, die alle am Bildungsprozess Beteiligten überfordern können.	Klingt wie "Clash of Civilizations" - "Kampf der Kulturen" ;-) Solche zugespitzten Formulierung, die etwas pauschalisierend wirken, sollten in dem ansonsten sehr durchdachten Antrag vermieden werden.	modifizierte Übernahme Unterschiedliche Grundlagen und Voraussetzungen erschweren das gemeinsame Lernen, unterschiedliche Werte und....
V-03 NEU-150	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	150	Von Zeile 150 bis 152 löschen: können. Im Schulalltag fehlt bisher leider oft nicht nur die Zeit, sondern auch das Handwerkszeug für die Bearbeitung von sprachlichen, interkulturellen oder auch interreligiösen Konflikten. Fehlendes Verstehen, gerade in der	Klingt wie "Clash of Civilizations" - "Kampf der Kulturen" ;-) Solche zugespitzten Formulierung, die etwas pauschalisierend wirken, sollten in dem ansonsten sehr durchdachten Antrag vermieden werden.	modifizierte Übernahme Im Schulalltag fehlt bisher leider oft nicht nur die Zeit, sondern auch das Handwerkszeug für die Bearbeitung dieser Herausforderungen und Konflikte.
V-03 NEU-152	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	152	Von Zeile 152 bis 155: auch interreligiösen Konflikten. Fehlendes Verstehen, gerade in der Anfangsphase, führt schnell zu gegenseitigem Misstrauen, zu Gefühlen von Hilfslosigkeit und Ausgegrenztsein bzw. Überforderung, im schlimmsten Fall sogar zu Hass, Gewalt und Radikalisierung. Darum wollen wir: Darum wollen wir:	Hier werden kausale Ketten dargestellt, die in der Form nicht belegbar sind.	modifizierte Übernahme Fehlendes Verstehen, gerade in der Anfangsphase, führt schnell zu Gefühlen von Hilfslosigkeit und Ausgegrenztsein bzw. Überforderung.
V-03 NEU-155	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	155	In Zeile 155: zu Hass, Gewalt und Radikalisierung. <u>Darum Um ein angeregtes Lernklima im Klassenzimmer und ein Unterrichten zu ermöglichen, das sich an den Bedarfen der Schüler*innen orientiert.</u>	Da in dem Absatz idealerweise die vorgeschlagenen Streichungen vorgenommen werden sollten, braucht der letzte Satz in dem Absatz Formulierungen für die Übergänge.	Übernahme
V-03 NEU-157	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	157	In Zeile 157: Kulturmittler*innen, diversitätssensiblen Sozialarbeiter*innen *	"Kulturvermittlung" ruft eine Assoziation mit einer Einbahnstraße hervor. Noch dazu ist Kultur nichts Statisches und es gibt keine einheitliche Definition von Kultur bzw. eine Einigung darüber, welche Kultur wie gelebt wird / werden soll. Nach der Lektüre des folgenden Absatzes wird eher pädagogisches Fachpersonal benötigt, das mit Diversity-Kompetenzen ausgestattet ist.	modifizierte Übernahme ...mit kultursensiblen Mittler*innen...

V-03 NEU-165	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	165	Von Zeile 165 bis 166: 18. Eine Ausweitung niedrigschwelliger Angebote zur Radikalisierungsprävention - <u>sei es im Hinblick auf Rechtsextremismus oder auf islamistischen / jihadistischen Extremismus</u> - für Jugendliche und junge Erwachsene, sowie von Beratungsangeboten für	Ergänzung dient lediglich der Spezifizierung, dass Radikalisierungen in verschiedene Richtungen ablaufen können.	Übernahme
V-03 NEU-184	LAG Bildung	184	In Zeile 184 einfügen: und eine gerechte Verteilung <u>der Flüchtlingsunterkünfte</u>		Übernahme
V-03 NEU-220	LAG Bildung	220	In Zeile 220: den beruflichen Schulen bewusst –derzeit rund <u>230160</u> Gruppen mit über <u>32000</u>		Übernahme
V-03 NEU-244	Filiz Keküllüoglu, KV Xhain	244	In Zeile 244: schlaf <u>en</u> gen	Redaktionell	Übernahme
V-03 NEU-246	LAG Bildung	246	In Zeile 246: im Hinblick auf den Übergang in Ausbildung, <u>Beruf</u> oder <u>BerufStudium</u> .		Übernahme
V-03 NEU-248	LAG Bildung	248	In Zeile 248: erkundung <u>müssensind</u>		Übernahme

V-03 NEU-249	LAG Bildung	249	<p>Von Zeile 249 bis 253:</p> <p><u>29. Individuelle Begleitungs- und Förderangebote für besonders förderbedürftige Jugendliche und junge Erwachsene anzubieten.</u></p> <p><u>. wie etwa im Konzept „Praxiserprobung für Flüchtlinge“, das unsere Abgeordnetenhausfraktion vorgelegt hat und das folgende curriculare Elemente enthält:</u></p> <p>29. Individuelle Begleitungs- und Förderangebote für besonders förderbedürftige Jugendliche und junge Erwachsene anzubieten. Dafür hat unsere Abgeordnetenhausfraktion ein Programm vorgelegt, das folgende curriculare Elemente enthält: Orientierungsphase zur Klärung der individuellen</p>		Übernahme
V-03 NEU-264	LAG Bildung	264	<p>In Zeile 264:</p> <p>31. <u>Mehr Sprachkurse auch und Sprachförderressourcen zusätzlich zum Unterricht</u><u>Regelunterricht</u> zur weiteren Verbesserung des</p>		Übernahme
V-03 NEU-267	Deniz Yildirim, KV Xhain	267	<p>In Zeile 267 einfügen:</p> <p>die Geflüchtete ausbilden und einstellen wollen zu etablie</p>	Redaktionell	Übernahme
V-03 NEU-270	LAG Bildung	270	<p>In Zeile 270 einfügen:</p> <p>ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) haben, <u>unabhängig vom Herkunftsland.</u></p>		Übernahme
V-03 NEU-272	Deniz Yildirim, KV Xhain	272	<p>In Zeile 272 einfügen:</p> <p>Hochschul-Bereich zu entwickeln <u>sowie über Finanzierungshilfen (wie bspw. Bafög) zu informieren und zu beraten</u></p>		Übernahme

V-03 NEU-274	Vera Pohl, Grüne Jugend Berlin	274	<p>In Zeile 274 einfügen:</p> <p>(nur) teilweise anerkannt werden, nicht wieder bei Null anfangen müssen.</p> <p><u>34. Wir wollen an der bestehenden Praxis festhalten, Abschiebungen, die wir auch generell kritisieren, bei Auszubildenden nicht durchzuführen. Auch ein Wechsel des Ausbildungsplatzes mit angemessener Wechselsefrist muss möglich sein, ohne eine Abschiebung zu fürchten.</u></p>	Die bestehende Praxis, junge Menschen während der Ausbildung nicht abzuschicken, gibt sowohl den Azubis als auch den Unternehmen Sicherheit. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Jugendliche ungeeignete oder ausbeuterische Ausbildungsverhältnisse nicht verlassen können. Wechsel des Betriebes sind in manchen Branchen üblich, auch Geflüchteten muss diese Möglichkeit offen stehen.	Übernahme
V-03 NEU-275	Deniz Yildirim, KV Xhain	275	<p>In Zeile 275:</p> <p>Bildung ist und bleibt der wichtigste- Integrationsfaktor Teilhabe faktor</p>	<p>1. Bildung ist nicht der größte Integrationsfaktor! Diese Denke beruht auf einem veralteten Integrationskonzept. Erfolgreiche Integration ist nicht gleichzustellen mit sozialem Aufstieg. Integrationsverläufe sind segmentiert. Sie können auch horizontal verlaufen - oder zu sozialem Abstieg (downward assimilation) führen.</p> <p>2. Außerdem führt das erfolgreiche Durchlaufen eines Systems (Bildung) nicht zu einem automatischen "Integrationserfolg". Das negiert die Lebenswirklichkeit vieler Abiturient*innen und Akademiker*innen mit fam. Migrationsgeschichte, denen (manchmal erst durch das Einnehmen von Räumen ohne Menschen mit Migrationshintergrund) Diskriminierung bewusst erlebt haben und / oder die aufgrund der Diskriminierungserfahrungen ausgewandert sind.</p>	Übernahme
V-04	<p>Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bekämpfen – differenzierte Antworten auf ein komplexes Problem (von: Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales), Taylan Kurt (KV Mitte))</p>				<p>mod. Übernahme Einfügung von Zeilen 17-40 von V-02 nach Zeile 25 plus der Einfügung des Wortes "direkte" in Zeile 21 (...ist keine direkte Folge von...)</p>

V-04-041	Stefan Ziller	41	In Zeile 41 einfügen: gegen Obdachlosigkeit als jemals zuvor. <u>Dabei bleibt die zentrale Aufgabe: mehr Wohnraum und Unterkünfte in Berlin zu schaffen. Alle und vor allem unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen sich hier fragen, ob der bisher geleistete Beitrag den Erwartungen in der Stadt genügt.</u>	Um es mit den Worten eines von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen zu sagen: Solange bspw. die Streetworker*innen nicht wissen, in welchen Wohnraum oder welche Gemeinschaftsunterkunft ein Mensch vermittelt werden kann, kann die beste Beratung nicht wirklich helfen.	Übernahme
V-04-046	Stefan Ziller	46	In Zeile 46: Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch die <u>zuständige Senatsverwaltung</u> <u>zuständigen Senatsverwaltungen</u>	Es ist wichtig deutlich zu machen, dass hier ressortübergreifend gehandelt werden muss (bspw. Wohnen, Gesundheit und Soziales)	Übernahme

Satzungsänderungsanträge

SÄA-Nr.	Antragsteller*in	Satz	Änderung	Begründung	Verfahren
SÄA-01	Satzungsänderung § 5 Abs.3 (Stimmrechtswechsel)				
SÄA-01-ÄA-01	Landesvorstand	3	Der Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in eine andere Bezirksgruppe, Abteilung oder innerparteiliche Vereinigung ist, vorausgesetzt einer Annahme durch den Landesvorstand, vier Wochen nach der Mitteilung Antragstellung an den Landesvorstand wirksam. <u>kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der Landesvorstand entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle der Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrages in Kraft. In begründeten Fällen kann der Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied, welches den Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit.</u>	Erfolgt mündlich	Übernahme
SÄA-02	Satzungsänderung § 14 (Reform der Frauenvollversammlung)				

SÄA-02-ÄA-01	Giselle Orlowski, KV Tempelhof- Schöneberg	§ 14 (3) Satz 8	Die Delegierten werden <u>von den weiblichen* Mitgliedern der jeweiligen Gliederung</u> für ein Jahr gewählt, unbeschränkte Wiederwahl ist möglich	Die Frauen*Konferenz soll – analog zur Frauenvollversammlung – ein Gremium sein, das die Interessen der Frauen* des Landesverbandes vertritt und artikuliert. Daher ist es nur folgerichtig, dass die Delegierten für dieses Gremium ausschließlich von den weiblichen* Parteimitgliedern gewählt werden. Auch die große Mehrheit der Frauenvollversammlung am 11.11.2017 hat sich in einem Meinungsbild entsprechend diesem Antrag dafür ausgesprochen, dass die Delegierten für die Frauen*Konferenz ausschließlich von Frauen* gewählt werden.	ABSTIMMUNG
SÄA-02-ÄA-02	ZURÜCKGEZOGEN				
SÄA-02-ÄA-03	Giselle Orlowski, KV Tempelhof- Schöneberg	§ 14 (4)	Als dritter Satz wird eingefügt: <u>Alle weiblichen* Mitglieder des Landesverbands Berlin werden zur Frauen*Konferenz eingeladen.</u>	Erfolgt mündlich	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-04	Giselle Orlowski, KV Tempelhof- Schöneberg	§ 14 (5) Satz 4	Sie ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der <u>Mitglieder Delegierten</u> anwesend ist	Selbsterklärend	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-05	Daniela Billig	§14	Der aktuelle §14 „Frauen*Vollversammlung“ bleibt grundsätzlich erhalten. Als §15 wird der vom Landesvorstand vorgeschlagene Paragraf zur Frauen*Konferenz eingesetzt. Die folgenden Paragrafen verschieben sich entsprechend.	Die Frauen*Vollversammlung ist das höchste Gremium aller Frauen, die bei Bündnis 90/Die Grünen Mitglied sind. Der besondere Stellenwert der Frauen*Vollversammlung liegt im Abstimmungsrecht, dass alle Frauen* in diesem Gremium neben dem Rede- und Antragsrecht haben. Dieses wichtige Gremium sollte erhalten bleiben, damit alle Frauen* diese Rechte auch in Zukunft ausüben können. In der Satzung ist bereits jetzt die Möglichkeit vorgesehen, eine Frauen*Vollversammlung in eine Frauen*Konferenz umzuwandeln, ohne dass die Frauen*Konferenz in der Satzung genau ausgestaltet ist. Es ist konsequent, die Frauen*Konferenz nun auch geregelt in der Satzung zu verankern. Auf diese Weise werden einerseits die Gremien der Frauen* gestärkt, da eine Beschlussfähigkeit ähnlich wie bei der LMV/LDK gesichert werden kann. Andererseits werden wir nicht durch die de facto Abschaffung der Frauen*Vollversammlung eingeschränkt. Die Einberufung einer Frauen*Vollversammlung, die dann analog der LMV/LDK in eine Delegiertenversammlung umgewandelt werden kann, bedeutet eine höhere Motivation für alle Frauen*, egal ob delegiert oder nicht, sich an den Gremien zu beteiligen.	Erledigt durch SÄA-02 NEU

SÄA-02-ÄA-06	Daniela Billig	§ 14 (1)	In §14 (1) wird zu Beginn eingefügt: Die <u>Frauen*Vollversammlung Frauen*Konferenz</u> (FK) ist das frauen*öffentliche Beschlussorgan des Landesverbandes.	Aus dem Erhalt des §14 „Frauen*Vollversammlung“ und dem zusätzlichen §15 „Frauen*Konferenz“ ergeben sich einige Verschiebungen und Veränderungen der Abschnitte. Durch die Änderung bleibt die Frauen*Vollversammlung das frauen*öffentliche Beschlussorgan. Dieser Satz sollte deshalb in §14 stehen.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-07	Daniela Billig	aufbauend auf SÄA-02-ÄA-05: §15 (1) (derzeit §14 (1))	In Anlehnung an SÄA-02-ÄA-05: Im neuen §15 (1) wird der Satz 1 „Die Frauen*Konferenz ist das frauen*öffentliche Beschlussorgan des Landesverbandes“ ersetzt durch: <u>„Die Frauen*Konferenz kann die Aufgaben der Frauen*Vollversammlung wahrnehmen.“</u>	Die Frauen*Vollversammlung bleibt das frauen*öffentliche Beschlussorgan. Die Frauen*Konferenz nimmt lediglich unter Umständen unter Umständen die Aufgaben der Frauen*Vollversammlung wahr.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-08	Daniela Billig	§ 14 (1) Satz 3	Der Landesausschuss und die <u>Frauen*Vollversammlung/Frauen*Konferenz</u> sind die beiden höchsten Beschlussorgane zwischen den Landesmitgliederversammlungen und den Landesdelegiertenkonferenzen.	Da die Frauen*Vollversammlung erhalten bleibt, sind beide Gremien zusammen mit dem Landesausschuss die höchsten Beschlussorgane zwischen den Landesmitgliederversammlungen und den Landesdelegiertenkonferenzen	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-09	Daniela Billig	§14 (5) Satz 1 und 2/ §15 (7) Satz 1 und 2	In Anlehnung an SÄA-02-ÄA-05: In §14 (5) Satz 1 und 2 wird die Regelung für die Antragsfristen und die Behandlung der Anträge aus dem neuen §15 (7) Satz 1 und 2 integriert und in §15 gestrichen	Die Antragsfristen und die Behandlung der Anträge soll in §14 (5) bei der Frauen*Vollversammlung statt § 15 (7) geregelt werden.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-10	Daniela Billig	§14 (7) /§15 (2)	In Anlehnung an SÄA-02-ÄA-05: §14 (7) wird ersetzt durch den neuen §15 (2), angepasst an die Frauen*Vollversammlung: „Die Frauen*Vollversammlung dient dem Austausch ...“	Durch die Änderung in §14 (7) sollen die neuen Aufgaben, die die Frauen*Konferenz wahrnehmen soll ebenfalls für die Frauen*Vollversammlung gelten und auch hier geregelt werden.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-11	Daniela Billig	§15 (4) Satz 1	„Die Frauen*Konferenz tagt mindestens einmal im Jahr“	§15 (4) Satz 1 „Die Frauen*Konferenz tagt mindestens einmal im Jahr“ steht bereits in § 14 (1) Satz 1 und ist damit überflüssig.	Erledigt durch SÄA-02 NEU

SÄA-02-ÄA-12	Daniela Billig	§16 (1)	"Der Landesausschuss <u>und die Frauen*Vollversammlung/ Frauen*Konferenz sind die</u> höchsten Beschlussorgane zwischen den Landesmitgliederversammlungen und Landesdelegiertenkonferenzen."	§16 wird analog gefasst zu §15 (1) Satz 3.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-13	Julia Dittmann, LAG Frauen* und Gender	§14 (2) b	Beschlussfassung zu aktuellen politischen Fragen aus frauen*– und geschlechterpolitischer Perspektive	Als feministischer Partei ist uns daran gelegen, die politische Teilhabe von Frauen* auf allen Ebenen und im Hinblick auf alle politischen Themenbereiche zu fördern. Weder beschäftigen sich alle Frauen* speziell mit frauen*- und geschlechterpolitischen Themen, noch ist es der fachpolitische Blickwinkel, der den Mehrwert dieses Gremiums ausmacht, sondern die Perspektive von Frauen* an sich. Daher ist der Zusatz zu streichen.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-14	Julia Dittmann, LAG Frauen* und Gender	§ 14 (2) und (3)	Abs. (2) a und b vertauschen	Eine Erstnennung von frauen*- und geschlechterpolitischen bzw. feministischen Leitlinien des Landesverbandes könnte als thematische Engführung des Gremiums gedeutet werden und dadurch das Interesse an einer Teilnahme schmälern. Das Voranstellen der Beschlussfassung zu aktuellen politischen Fragen unterstützt das Ziel des Antrags, das Gremium aufzuwerten. Eine thematische Engführung der Frauen*Konferenz widerspräche diesem Ziel.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-15	Julia Dittmann, LAG Frauen* und Gender	§ 14 (1) Satz 2	Sie setzt sich aus <u>den für die Frauen*Konferenz gewählten</u> weiblichen* Delegierten der Bezirksgruppen, der Abteilungen, der innerparteilichen Vereinigungen und Vertreterinnen* des Landesvorstands und der Fraktion im Abgeordnetenhaus zusammen.	In der bisherigen Fassung könnte der Eindruck entstehen, es handle sich um für andere Gremien (wie den LA, die LDK) gewählte, weibliche* Delegierte. Für die Frauen*Konferenz sollen jedoch eigens Delegierte entsandt werden. Die Ergänzung schafft hier Klarheit.	Erledigt durch SÄA-02 NEU
SÄA-02-ÄA-16	Julia Dittmann, LAG Frauen* und Gender	§ 14 (1) Satz 1	Die Frauen*Konferenz (FK) ist das frauen*öffentliche Beschlussorgan des Landesverbandes, <u>in dem Politik aus der Perspektive von Frauen gemacht wird.</u>	Der Mehrwert der Frauen*Konferenz (bzw. der Frauen*Vollversammlung) besteht darin, die Perspektive von Frauen* für Beschlüsse zu allen politischen Themenbereichen zu nutzen. Der Zusatz stellt bereits in der Präambel klar, dass es nicht nur um frauen*- und geschlechterpolitische Fachthemen geht, sondern die Perspektive von Frauen* an sich. Diese Klarstellung stärkt unser Profil als feministische Partei.	Erledigt durch SÄA-02 NEU